Berlin, den 13. November 1925 — Nr. 46. 39. Jahrgang

Sattler-Tapezierer- u. Portefeuiller-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuiller-Verbandes

Erscheint alle acht Tage. Abonnements bei allen Postämtern.

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Brückenstraße 10 b III. Fernsprecher: Amt Moritzplatz Nr. 2120

Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G., Berlin, Wallstraße 6. Postscheckkonto der Bank: Berlin 3694.

Zur Lage in der deutschen Lederwareindustrie.

III.

PB. Die deutsche Lederwareindustrie hat in der Nachkriegszeit Produktionsmethoden angenommen, die uns im In- und auch im Ausland großen Schaden zugefügt haben. Für die Minderung unseres Exportes führt Frerk-London auch als entscheidende Ursache mit an die großen Verdienste der deutschen Fabrikanten und auch die der Vertreter im Auslande: Letztere sollen heute noch nicht verstehen können, daß diese Zeiten der Inflation vorbei sind. Wenn wir heute die Richtlinien nachprüfen, welche die mittelständischen Innungsgewerbe, aber alle ohne Ausnahme, ihren Mitgliedern an die Hand geben, so ist zu erkennen, daß in diesen Kreisen nie soviel Geld verdient wurde, wie heute. Wir wissen, daß der exportierende Fabrikant anders rechnen muß, aber auch hier kann man sich von den Inflationsmethoden nicht ganz befreien. Und das ist es, was zum Teil das Auslandsgeschäft erschwert und die Ware für das Inland weiten Kreisen unzugänglich macht.

Wir können es auch nicht verstehen, daß man in führenden Kreisen der Lederwareindustrie eine Uebersetzung an Betrieben und auch an Personal nicht sehen will. Vor einigen Jahren (1922) haben wir durch eingehende Befragungen festgestellt, daß zirka 25 000 Personen in der Lederwareindustrie beschäftigt waren, davon waren 20 000 bei uns organisiert. Unsere an den Friedensverhältnissen unter Berücksichtigung des Rückganges des Exportes und der enormen Einbuße an der Kaufkraft des deutschen Volkes können diese Personen auf die Dauer nicht mehr beschäftigt werden. Daß diese Unzahl von Betrieben nicht mehr aufrechtzuerhalten geht, weisen die Konkursnachrichten der letzten Monate nach. Vor allem ist die große Zahl der kleinen Betriebe, ohne aber mit nur wenigen Hilfskräften, ein Verhängnis für die Lederwareindustrie. Es dürfte angebracht sein, die Offenbacher Fabrikanten an die Verhandlungen in den Monaten April und Mai 1924 zu erinnern. Immer wieder bekamen wir zu hören, daß die Industrie sich der Schmutzkonkurrenz der Landbetriebe nicht erwehren könne, wo die Ware um jeden Preis angeboten würde. Wir sind überzeugt, daß der Kampf um die Existenz außerordentlich erschwert ist. Wenn man nun auf dem Standpunkt steht, in die Gewerbefreiheit nicht eingreifen zu wollen, dann sollte man doch erwarten, daß die Unternehmervereinigungen alles das zu vermeiden suchen, was ihnen die Konkurrenz noch mehr erschwert. Aber nach uns die Sündflut! So haben die Offenbacher und auch die Berliner Arbeitgeber schon vor 20 und 30 Jahren gedacht und heute, wo noch die Kriegsfolgen dazu kommen, denkt kein Mensch daran, was in der Zukunft werden soll.

Seit Jahren haben wir die Fabrikanten gewarnt, das Heimarbeitssystem immer noch weiter auszudehnen. Es hat nichts genützt. Wenn wir uns die Ergebnisse der Heimarbeitsausstellung in diesem Frühjahr nochmals vor Augen halten, in Verbindung mit dem, was heute in der Lederwareninduskrie an völlig ungezügelter Produktion vor sich geht, dann kommt man wieder zu der Radikalforderung: Beseitigung jeder Heimarbeit in der Lederwareninduskrie! Durch Zufall wurden wir in diesem Frühjahr mit einem Agenten bekannt, der seinen Sitz in Bielefeld hatte und der glaubwürdig nachwies, daß er in gewissen Zwischenräumen sich im Offenbacher Heimarbeitsgebiet aufhält und dort von den Heimarbeitern Lederwaren auftauft, diese in Partien zusammenstellt und dann weiter absetzt. Dieses dürfte kein Einzelfall sein und so haben sich die Arbeitgeber, die ihnen heute viele Sorgen machende Konkurrenz der Kleinbetriebe selbst großgezogen. Nach dem Bericht unserer Ortsverwaltung Offenbach wurden am 30. September 270 männliche und 53 weibliche Arbeiter als völlig arbeitslos gemeldet, außerdem 636 männliche und 225 weibliche Kurzarbeiter. Zur selben Zeit erscheint in einem Offenbacher Blatt ein großes Inserat: „Heimarbeiter mit Hilfskräften auf Party-Cases gesucht." Heimarbeit im Sinne unserer Offenbacher Produktion bedeutet weiter nichts als die Möglichkeiten zu schaffen, die Fesseln des Tarifvertrages zu umgehen, die Arbeitszeiten ins uferlose auszudehnen mit gleichzeitigem Preisdruck. Wie lange diese Zustände noch so gehen sollen, wir wissen es nicht. Doch das eine sehen wir, daß sich viele Arbeitskräfte bemühen, in anderen Berufskreisen unterzukommen. Die gelernten Sattler und nicht zuletzt die schlechtesten Kräfte, suchen in verwandten Betrieben Unterschlupf. Andere gehen nach dem Ausland und tragen die Fertigkeiten unserer Industrie außer Landes. Seit Jahr und Tag haben wir jedem Kollegen, der uns um Auskunft über die ausländischen Verhältnisse ersucht hat, abgeraten, die Heimat zu verlassen. Heute fragt man uns nicht mehr und sogar Arbeiter mit Familie wagen diesen Schritt. Angesichts dessen, daß die Lederwareninduskrie in der nächsten Zukunft nicht in der Lage ist, alles das zu beschäftigen, was in der Inflation beschäftigt wurde, muß man selbst der Arbeiterschaft den Rat geben, sich eine andere Lebensmöglichkeit zu suchen.

Im übrigen vermissen wir auch, daß die Fabrikantenverbände ihren kommerziellen Aufgaben gerecht werden. Wir wissen uns ziemlich eins in unsern Ansichten über die Zollpolitik, und erfreulicherweise vertritt unsere Leitung der Arbeitgeberorganisation sehr fortschrittliche Ansichten. Es fehlt jedoch der Druck, um diesen Ansichten Erfolg zu bringen. Jede Landsmannschaft hat eine andere Nase und daher fehlt die Einheitlichkeit des Vorgehens. Der Handelsvertrag mit Spanien ist klanglos abgelaufen, was geschieht, um der Regierung die Notwendigkeit eines schnellen Entschlusses beizubringen. Man jammert über die Zollpolitik des Sommers, welche vornehmlich im Interesse der Agrarier und der Schwerindustrie gelegen war, kann sich aber aus dem Schlepptau der Großindustrie nicht befreien. Die Interessen der Fertigindustrie und der Schwerindustrie müssen naturnotwendig auseinandergehen, aber der Kitt: „Gegen die Arbeiter und deren Organisationen" ist viel stärker.

Nicht minder ist die Rohstofffrage für die Lederindustrie von Wichtigkeit. Bei jeder Gelegenheit haben wir Veranlassung genommen, die Fabrikanten zu einem einheitlichen Vorgehen zu veranlassen. Das „Berliner Tageblatt" vom 15. Oktober brachte wieder einmal, wie schon öfter, einen Artikel über die Lage der Häute- und Lederwirtschaft. Hier wird wieder einmal das stark unterstrichen, was wir seit Jahren über das Wesen unserer Häute- und Fellauktionen gesagt haben. Die Preise werden künstlich hochgehalten, und daß unter den Augen derselben Regierung, die zum 1. Oktober den Preisabbau verkündigte.

Die Fabrikanten geben uns recht, wenn wir diese Dinge kritisieren, aber weiter geht man nicht. Wir haben dieser Tage mit großem Interesse einen Artikel in der „DDWJ." über den Viehreichtum Rußlands gelesen, namentlich über die großen Schafzüchtungen, wo für die deutsche Lederwareninduskrie eine billige Rohstoffquelle völlig unausgenützt bleibt. Hier entstehen für die Arbeitgeber wichtige Aufgaben, welche aber nur durch eine gewisse Geschlossenheit im Wollen zu erreichen sein werden.

Die Einstellung weiter Kreise der deutschen Industrie und nicht zuletzt auch die der Lederwarenindustrie in der Frage des In- und Auslandsmarktes ist die, in allererster Linie Förderung des Exportes, und zwar unbeschadet der Lage der deutschen Arbeiterschaft. Die Arbeitgeber unserer Industrie glauben, daß wir nur dann eine flotte Beschäftigung haben können, wenn die Industrie mit billigen Löhnen, ausgedehnter Arbeitszeit, ungefesselter Heimarbeit und ledig jeder tarifvertraglichen Bindung produzieren kann; nur so könnten wir im Auslande Waren verkaufen. Die Schwierigkeiten des Absatzes im Auslande haben wir bereits in den vorhergehenden Artikeln anerkannt. Seit einiger Zeit sieht man aber auch im Unternehmerlager (aber nicht bei uns) und vornehmlich im Handel, die Frage der Stärkung der deutschen Kaufkraft ernstlich besprochen. Dabei läßt man erkennen, daß der Standpunkt, den bis jetzt weite Kreise eingenommen haben: Kleiner Umsatz, großer Nutzen" nicht mehr aufrechtzuerhalten geht und die Parole: „Großer Umsatz, kleiner Nutzen" der deutschen Volkswirtschaft mehr zuträglich ist. Dieser Grundsatz läßt sich aber nur ermöglichen, wenn die Kaufkraft des deutschen Volkes erheblich gehoben wird. Die Breitseiten des deutschen Volkes sind die Arbeiter, Angestellten und Beamten. Die führenden Leute der Volkswirtschaft und vornehmlich die Arbeitgeberverbände werden sich sehr bald anders einstellen müssen, wenn das deutsche Wirtschaftsleben nicht völlig zum Erliegen kommen soll. Um der Abhängigkeit vom Ausland in der Ernährungsfrage entgegenzuwirken, wird eine völlige Umstellung der Landwirtschaft anzustreben sein, um größere Lebensmittelmengen zu erzeugen. Vor wenigen Tagen hörten wir einen Vortrag an über die Mechanisierung der Landwirtschaft, d. h. aber Tausende von Maschinen in die Landwirtschaft hineinstecken, um von der jetzigen Preispolitik nach dem rückständigsten Betrieb abzukommen. Die Metallindustrie würde auf Jahre beschäftigt sein, wenn die für 1,2 Milliarden Mark notwendigen Maschinen im Lande angefertigt würden. Auf diese Weise wird die Kaufkraft gesteigert und so kann das in vielen Industrien geschehen. Und ist es denn immer notwendig, daß die Lederwareninduskrie für das kleine Häuschen der oberen Zehntausend arbeitet. Sollen sich nicht auch andere Kreise an einem guten Stück Lederware erfreuen? Die breiten Massen müssen wieder zum Verbraucher werden, wie sie es vor dem Kriege durch eine fast dreißigjährige intensive Arbeit der Gewerkschaften geworden waren. Unsere Lederwareninduskrie könnte dabei nur profitieren und würde ein Ersatz geschaffen für den nicht mehr in vollem Maße in Frage kommenden Export.

Wir sehen, daß die Fabrikanten seit Monaten ungeheure Anstrengungen machen, um die Betriebe in Gang zu halten.

Nach unserer Beobachtung im In- und Ausland faßt man die Geschichte am falschen Ende an. Wir meinen den neuen Modeartikel: das Party-Cases, der nicht Mode werden will. In Paris sahen wir diese Neuheit nur in einzelnen Auslagen, getragen fast gar nicht. Wien und Budapest kennen die Sache nicht, wenigstens wußte unser Vertreter nichts davon. Aehnliches lesen wir in Fachzeitschriften. In Deutschland pfropft man die Läden voll mit langem Ziel, zum Teil auf Kommission. Getragen wird das Ding fast gar nicht. Man muß in Berlin schon nach dem Kurfürstendamm gehen, um hier und da so eine Neuheit an der Hand der Dame zu sehen. Wir haben allgemein den Eindruck, daß unsere deutschen Mädels und Frauen diese Kiste ablehnen. Es ist nicht jedermanns Geschmack, sich mit der Puderdose und dem Lippenstift öffentlich zu zeigen, um so mehr nicht, weil jede in der Nähe befindliche Person diese Dinge beim Oeffnen dieses Kastens sehen muß. Tasche wird Tasche bleiben und eher der Kleidermode sich anpassen als das Party-Cases. Wir fürchten, daß nach dieser unnatürlichen Anstrengung, unserer Frauenwelt eine besondere Neuheit in die Hand zu hetzen, eine stark rückwirkende Pleite eintreten wird. — —

Um auf den Ausgangspunkt dieses Kapitels noch zurückzukommen, sprechen wir die Mahnung aus, daß unsere Fabrikantenverbände am Main und der Spree sich für alles einsetzen, was dazu dienen kann, die große Masse als Konsument in Deutschland wieder in Erscheinung treten zu lassen. Dieses zum Nutzen der Fabrikanten selbst und der Arbeiterschaft unseres Berufes.

Im Zusammenhange damit steht die heutige Kredit- und Zinswirtschaft, welche die Produktion stark verteuert. Eine Uebersetzung an Bankgeschäften verhindert es zurzeit, zu Friedenszuständen zurückzukehren. Die Sachverständigen streiten sich um die Frage, ob hohe oder niedrige Zinsen die Wirtschaft

befruchten. Es gibt Volkswirte, welche sagen, hohe Zinsen tragen zum schnellen Umsatz der Ware und zum Preisabbau bei. Wir als Laien sind der Meinung, daß billige Waren den schnellen Umsatz des Kapitals ermöglichen und daß man auch vor 1914 mit Zinsen ausgekommen ist, welche kaum die Hälfte der heutigen ausmachen. Auch hier sollten die Kreditbedürftigen durch ihre Organisationen etwas stärker auf Abhilfe drängen. Oder aber liegt der hohe Zinssatz auch auf dem Wege: Kleiner Umsatz, hoher Nutzen? Ebenso stark wird heute die Frage erwogen, ob nicht die immer betonte Belastung der Industrie von der großen Anzahl von Zwischengliedern: Angestellte, leitende und aufsichtführende Beamten, Direktoren in den Betrieben herrührt. Das „Berliner Tageblatt" brachte jüngst einen sehr beachtlichen Artikel über die Unrentabilität der Betriebe und haben wir in Nr. 40 unseres Blattes darauf Bezug genommen. So wird auch festgestellt, daß bei 260 Aktienbetrieben in Deutschland die Zahl der Arbeiter nur um 1,33 Proz., die der Aufsicht um 62 Proz. gegenüber 1914 gestiegen ist. Es dürfte eine lohnenswerte Aufgabe unserer Betriebsräte und auch unserer Ortsverwaltungen sein, einmal Nachprüfungen zu veranstalten und uns mit diesem Material zu versehen. Die Amerikaner haben in diesen Dingen eine etwas bessere Wirtschaft und hatten wir vor Jahresfrist Gelegenheit, einen Großbetrieb unserer Industrie zu besichtigen, der völlig nach amerikanischem System aufgezogen ist und in dem die Zahl der Angestellten und Aufsicht nie mehr als 10 Proz. betragen darf. Wir können verstehen, daß die vielen Offiziere unseres stehenden Heeres in der Industrie unterzukommen suchten und gemäß ihrer früheren Stellung als Vorgesetzter. Wenn man also soviel von den Lasten der Industrie spricht, sollten die Unternehmer auch da einmal nachsehen.

Und nun noch ein Wort von der Rentabilität der Lederwarenbetriebe. Um die Jahrhundertwende herum sind wir erstmalig mit unseren Fabrikanten an den Verhandlungstisch gekommen. Seit dieser Zeit kennen wir die Formel, daß es der Lederwarenindustrie sehr schlecht gehe, und das wurde uns nun jahraus, jahrein erzählt. Daß wir dieses nie geglaubt haben, brauchen wir nicht zu versichern. Abgesehen von den Krisenzeiten, der alle Industrien zu gewissen Zeiten ausgesetzt sind, hat sich unsere Industrie ständig verbreitert, die Betriebe sich vergrößert und ist auch die Beschäftigungsziffer allgemein ständig gestiegen. Eine Industrie, die auf dem Musterbeetat steht, kann eine solche Entwicklung nicht nachweisen. Würde unsre Industrie sich die englischen Grundsätze zu eigen machen und ihre Arbeitskräfte in den Betriebswerkstätten konzentrieren, statt die Heimarbeit zu fördern und dadurch Gelegenheit zu geben, Kleingewerbetreibender und damit Konkurrent zu werden, so würde die Entwicklung noch mehr zugunsten der Industrie zu buchen sein. Aber trotzalledem wird auch heute noch Geld verdient. Wir lesen soeben in „Luxus und Bedarf", daß die Firma Aktien-Ges. Krumm in Offenbach im Jahre 1924, bei Abschreibung von 12 662 Mk. 173 137 Mk. Reingewinn erzielte und 10 Proz. Dividende auf 1,20 Millionen Mk. Kapital verteilt, gleich 120 000 Mk. 9044 Mk. werden vorgetragen auf 1925. Verbleiben noch 44 000 Mk. Gewinn übrig, die wohl auch noch ihren Weg finden werden. Wir erinnern daran, daß man in den Inflationszeiten 1922/23 die ganzen Fabrikgebäude, Maschinen, zumeist immer auf eine Mark herabgesetzt hat. Ob dieses bei Krumm auch s. Zt. geschehen ist, wissen wir nicht, aber immerhin ist auch 12 662 Mk. Abschreibung kein Pappenstiel. Wenn unsere Betriebsräte sich die Mühe machen würden, dieses Kapitel einmal etwas zu studieren, würden sie uns ein ganz schätzbares Material an die Hand geben. Und wenn gerade Krumm so verdient hat, so wird damit bewiesen, daß am Außenhandel etwas bleibt.

Der Verdienst unserer Fabrikanten wäre auch noch besser, wenn nicht so ungeheure Spesen auf den Artikeln lägen, die sich durch die ungeheuren Ausgaben für die Messeveranstaltungen usw. ergeben. Nach und nach geht auch den Fabrikanten ein Licht auf, daß dieses Uebermaß von Messen der deutschen Wirtschaft schädlich ist. Für Deutschland genügt die Leipziger Messe und für die Lederwarenindustrie auch. Es mögen manche berechtigte Wünsche Leipzig gegenüber vorliegen, aber die Frankfurter Messe und die Berliner Fachmesse sind überflüssig; Frankfurt schon durch die unmittelbare Nähe Offenbachs mit seiner großen Auswahl prächtiger Musterzimmer. Wir können hier nicht weiter auf diese Frage eingehen, jedenfalls könnte hier gespart werden zugunsten der Preishöhe des fertigen Produktes.

*

Wer unsern bisherigen Ausführungen gefolgt ist, wird objektiv zugeben müssen, daß bei dem heutigen Stand der Volkswirtschaft dem Arbeiter nicht zugemutet werden kann, einen Lohnabbau zu ertragen. Will er als Kulturmensch leben, so ist noch manche Forderung zu erfüllen, die durch den jetzigen Lohn nicht gedeckt werden kann. Auf der Fabrikantenseite ergeben sich jedoch eine Reihe von Fragen auf dem Gebiete der Besserstellung der Produktion und ihres Absatzes, die zweifelsohne eine Nachprüfung erheischen. Der einsichtige Unternehmer wird erkennen, daß mit der Formel: „Billige Löhne und lange Arbeitszeit" der Gesamtwirtschaft nicht zu helfen ist. Der Lederwarenindustrie ist um so weniger zu helfen, weil, selbst nach den Ansichten der Verbandsleitung der Lederwarenindustriellen, der Lohn nur einen geringen Teil vom fertigen Produkt ausmacht. Was also in unserer Wirtschaft wieder auf- und abzubauen ist, haben wir bereits dargetan und werden wir in einem Schlußartikel uns noch mit der Zukunft unserer Tarifverträge beschäftigen.

Der russische Holzarbeiterverband.

Ueber die russischen Gewerkschaften und ihre Organisation bringt auch das Bulletin der internationalen Holzarbeiter-Union einen Beitrag, und zwar gestützt auf offizielle russische Angaben an das Internationale Arbeitsamt in Genf. Einleitend heißt es:

„Die ersten beruflichen Zusammenschlüsse der Holzarbeiter Rußlands entstanden nach der Revolution im Jahre 1917. Am 1. Dezember 1918 wurde sodann der erste allrussische Holzarbeiterkongreß abgehalten, auf dem die verschiedenen Gruppen sich zu einem einheitlichen Allrussischen Holzarbeiter-Verband zusammenschlossen. Die organisatorische Durchführung des Kongreßbeschlusses nahm jedoch viel Zeit in Anspruch, da sie von technischen Umständen und von Differenzen im Zentralkomitee erschwert wurde. Die eigentliche Gründung des Verbandes erfolgte daher erst im Jahre 1919. Seine Errichtung wurde von dem im April 1920 tagenden dritten Kongreß der Berufsverbände Rußlands genehmigt.

Schon beim Anfang machte sich bei einem Teil der Mitglieder das Bestreben geltend, sich mit dem Bauarbeiterverband zu verschmelzen. Bis jetzt hat der Widerstand sowohl seitens des anderen Teiles der Mitglieder als auch der Bauarbeiter selbst den Zusammenschluß verhindert. Auch hatte man die Absicht, die dem Land- und Forstarbeiterverband angehörenden Waldarbeiter mit dem Holzarbeiterverband verschmelzen zu lassen, doch hat die zweite Sitzung des Zentralgewerkschaftsrates im Jahre 1923 nach einer eingehenden Prüfung der Frage beschlossen, daß die Forstarbeiter sich dem Holzarbeiterverband nicht anschließen sollen, zumal die mangelhafte Organisation der Forstarbeiter eine solche organisatorische Umgestaltung nicht erwünscht mache.

Der Holzarbeiterverband hat in 50 von den 61 Departementen Bezirksgruppen gebildet. Diese Sektionen werden in ihrer Tätigkeit vom Zentralkomitee überwacht, das ihre Beschlüsse zunichte machen kann. Beschwerden gegen Beschlüsse des Zentralkomitees können vor dem Zentralrat der Berufsverbände Rußlands erhoben werden.

Mitgliederzahl[1]).

Zeit:	Mitgliederzahl
2. Semester 1917	36 000
2. Semester 1918	32 800
2. Semester 1920	183 400
1. Juli 1921	246 900
1. Oktober 1921	236 000
1. Januar 1922	210 000
1. April 1922	149 100
1. Juli 1922	106 000
1. Oktober 1922	81 800
1. Januar 1923	91 900
1. April 1923	101 400
1. Juli 1923	112 800
1. Oktober 1923	120 900
1. Januar 1924	117 700
1. April 1924	127 900
1. Juli 1924	130 800
1. Oktober 1924	140 100
1. Januar 1925	153 300

Prozentsatz der Frauen und Jugendlichen[2]).

Zeit:	Frauen	Jugendliche
1. Oktober 1922	14,8 Proz.	4,4 Proz.
1. Januar 1923	16,2 „	3,3 „
1. Juli 1923	14,2 „	3,3 „
1. Januar 1924	12,9 „	3,2 „
1. Juli 1924	12,3 „	3,0 „

[1]) „Trouds v SSSR" (Die Arbeit in Sowjetrußland), statistische Sammlung, betr. Oktober 1922 bis März 1924.
[2]) „Trouds v SSSR" (Die Arbeit in Sowjetrußland).
Herausgegeben vom Zentralrat der Berufsverbände.

Treue Mitarbeiter.

Die Werkstattsitzung bei der Firma Blohm u. Co. hatte angefangen. Es meldete sich ein älterer Kollege zum Wort und stimmte ein langes Klagelied an über die schlechten Akkordpreise der Firma. Die meisten seien so schlecht, daß man mit der Nase auf dem Tisch liegen müsse, um was zu verdienen. Man traue sich kaum noch, auf die Toilette zu gehen, bloß um keine Zeit zu verlieren.

Der Vertreter der Branchenkommission meinte hierzu: „Habt ihr denn niemals eine Erhöhung der Preise verlangt?"

„Selbstverständlich! Oft genug schon. Aber immer kommt uns der Chef mit dem Einwand, daß bei anderen Firmen viel weniger bezahlt werde und daß er nicht mehr mit ihnen konkurrieren könne!"

Zum Schluß schlug der Redner vor: „Bringt uns doch mal mit den anderen Firmen zusammen, damit wir wissen, was anderswo bezahlt wird, oder ob sie vielleicht andere Arbeitsmethoden haben!" Dann meldeten sich noch mehrere Kollegen zum Wort und brachten dieselben Klagen vor. Einige hatten sogar Arbeitsmuster mitgebracht, andere nannten Verdienste, daß selbst der Branchenvertreter mit dem Kopf schüttelte, der doch an vieles gewöhnt ist. Als die Redner geendet hatten, versprach der Vertreter, er wolle sich für ihren Vorschlag einsetzen. „Aber!" fügte er hinzu, und zwar sehr ernst und nachdrücklich, „ihr müßt euch auch an der Sitzung beteiligen!"

„Selbstverständlich!" rief man, „Warum denn nicht?" „Na, wir haben schon Fälle gehabt, wo die Kollegen alles mögliche verlangt haben, Sitzungen, Versammlungen usw. Nachdem wir alles nach ihrem Wunsche einberufen hatten, da glänzten gerade sie durch Abwesenheit."

Der Vertrauensmann rief hierauf: „Verlaßt euch darauf, ich komme bestimmt hin!" „Ja, du! Aber du bist doch bloß Zuschneider. Und die anderen, die die Sachen machen?" „Wir kommen auch mit!" rief es da von allen Seiten.

„Na schön!" sagte darauf der Funktionär, „dann werde ich der Branchenkommission euren Vorschlag unterbreiten!"

Als die Sitzung zu Ende war, rief er ihnen zu: „Also auf Wiedersehen in der kombinierten Sitzung!"

Als die Branchenkommission zusammensaß und der Funktionär seinen Bericht gab, teilte er jenen Vorschlag mit und setzte sich recht energisch dafür ein. Der Branchenleiter meinte: „Wer weiß, ob die Brüder kommen? In der Versammlung sieht man selten einen von ihnen." Unser Funktionär legte sich nochmals dafür ins Zeug und betonte, daß sie fest versprochen hätten, hinzukommen.

Daraufhin ward es denn beschlossen; die Tagung wurde festgesetzt und an jede Firma, die an der Besprechung teilnehmen sollte, wurde ein Zirkular geschickt, worin auf die Wichtigkeit der Tagung hingewiesen und zur Beteiligung aufgefordert wurde.

Bei Blohm u. Co. warteten die Kollegen schon mit Ungeduld auf Nachrichten. Eifrig wurde das Zirkular gelesen und besprochen. Jeder war vollständig befriedigt. Darauf fragte der Vertrauensmann: „Wer kommt denn mit?" Keiner antwortete. Da fragte er den älteren Kollegen. Dieser erwiderte sehr gedämpft: „Donnerstags geht es bei mir immer sehr schlecht!" Der nächste fiel nun über den Kollegen her. „Was versprichst du denn erst sowas, wenn du nicht Wort halten willst?" Der dritte Kollege sagte zum ersten: „Du hast es doch viel, viel näher als ich! Du brauchst nicht erst nach Adiershof zu fahren, und Laubenland zu gießen hast du auch nicht wie ich!" Der brummte darauf: „Man kann doch mal was vergessen haben!" Schließlich sagter er kurz: „Na, ich werde mal sehen!"

So verging der Dienstag und der Mittwoch. Mittwoch abend, kurz vor Feierabend, mahnte der Vertrauensmann noch einmal: „Vergeßt morgen nicht die Sitzung!" „Nein, nein!" so ließen sich darauf einige Stimmen hören. Der Vertrauensmann ging darauf beruhigt nach Hause. Am Donnerstag fragte er aber vorsichtshalber noch einmal, wer mitkommen. Darauf sagte der ältere Kollege recht kleinlaut: „Bei mir geht es heute wirklich nicht! Es ist etwas dazwischengekommen!" Drauf der jüngere Kollege: „Na, wenn du nicht kommst, komme ich auch nicht!" „Ich kann ebenfalls nicht!" ließ sich der Adiershofer Laubenagrarier vernehmen.

Der Vertrauensmann redete ihnen gut zu, doch vergebens stellte er ihnen vor, daß er doch keine richtige Kenntnis von ihrer Akkordarbeit habe. Sie zuckten die Achseln und blieben dabei: „Es geht nicht! Es geht nicht!" Man sagte dem fast verzweifelten Vertrauensmann: „Gehe ruhig hin. Wir sagen dir schon Bescheid. Und ein paar Muster von den wichtigsten Artikeln bekommst du auch mit."

Was blieb ihm weiter übrig. Er mußte in den sauren Apfel beißen. Er nahm seine Papiermodelle und Preistabellen und machte sich auf den Weg nach dem Sitzungslokal. Als er das Sitzungszimmer betrat, war der Raum schon voller Kollegen. Nur Stühle waren sichtlich für seine Firma reserviert. Als der einzige Vertreter von Blohm u. Co. eingetreten war, fragte der Branchenleiter den armen Vertrauensmann: „Ist das alles von euch?" Der nickte nur und der Branchenleiter sah den Unglücklichen an, der die Sitzung bei Blohm geleitet hatte. Auch dieser schüttelte den Kopf. Dann erzählte der Vertrauensmann, was

Der normale, vom Zentralrat der Berufsverbände für die Holzindustrie festgesetzte Prozentsatz der jugendlichen Arbeiter ist 13.

Prozentsatz der Nichtorganisierten[3]).

Der Prozentsatz der nicht in der Gewerkschaft organisierten Holzarbeiter war:

Am 1. Januar 1923 . . .	17,8
„ 1. Juli 1923	21,2
„ 1. Januar 1924 . . .	16,5

Der Prozentsatz schwankt jetzt zwischen 15 und 20, je nach der betreffenden Saison. Der verhältnismäßig hohe Prozentsatz der nichtorganisierten Holzarbeiter (der Durchschnittsprozentsatz der nichtorganisierten Arbeiter in ganz Rußland beträgt 10) findet eine Erklärung in der großen Zahl der in der Holzindustrie beschäftigten Saisonarbeiter.

Kassengebarung[4]).

Bis Anfang 1924 wies die Kassengebarung des Allrussischen Holzarbeiterverbandes regelmäßig ein Defizit in der Höhe von 15 bis 20 Proz. auf. Im ersten Vierteljahr 1924 ist es dem Zentralkomitee jedoch gelungen, die Einnahmen und Ausgaben miteinander in Einklang zu bringen. Für den genannten Zeitabschnitt beliefen die Einnahmen sich auf 32 922 Tscherwonetzrubel und die Ausgaben auf 32 034. Von den Bezirksverbänden entrichteten 28 Proz. keine Beiträge an das Zentralkomitee. Außerdem werden 79 Proz. der Einnahmen von der reinen Verwaltung des Verbandes beansprucht. Dieser Prozentsatz wurde sowohl vom Zentralrat der Berufsverbände als auch vom letzten Verbandstag des Holzarbeiterverbandes (Januar 1925) außerordentlich hoch befunden. Die Kassenverwaltung der Bezirksverbände läßt noch sehr viel zu wünschen übrig. Von den 50 Bezirksorganisationen weisen nicht wenger als 22 ein Defizit auf. Diese ungünstige Lage wird hauptsächlich der unregelmäßigen Beitragsentrichtung seitens der Mitglieder zugeschrieben, während festgestellt werden mußte, daß die Bezirksfunktionäre in dieser Hinsicht ein Auge zuzudrücken geneigt sind. Auch hier sind die Verwaltungsausgaben sehr beträchtlich und belaufen sich im Durchschnitt auf 68,5 Proz. der Gesamtausgaben.

Die Löhne.

Die Löhne in Sowjetrußland werden jetzt in Uebereinstimmung mit den Paragraphen 58 bis 67 des Arbeitsgesetzbuches durch freie Vereinbarung zwischen dem Arbeitgeber (Staat oder Privatperson) und der Gewerkschaft geregelt. Die jeweils vereinbarten Löhne werden in einem Kollektivvertrag festgelegt. Der Staat setzt somit nur noch die Minimallöhne fest, welche sich im Durchschnitt auf 50 Proz. der Minimallebenshaltungskosten stellen. Die Kollektivverträge sehen meistens 17 verschiedene Sätze vor. Im Proportionalverhältnis verhalten sich der 1. und der 17. Satz wie 1 zu 8. Die Löhne der sechsten Stufe (Durchschnittsstufe) sind 2,3 mal höher als die der ersten Stufe. Die Holzarbeiter werden in ihrer überwiegenden Mehrheit nach den ersten sieben Sätzen entlohnt, wobei der Durchschnittslohn zwischen dem 5. und 6. Satz (genau 5,3) liegt.

Die Akkordarbeit, die vom 13. Kongreß der Kommunistischen Partei Rußlands empfohlen und vom sechsten Gewerkschaftskongreß (November 1924) genehmigt wurde, ist sehr verbreitet. Es arbeiten jetzt über 50 Proz. der Arbeiter in Akkord. Wenn die Akkordsätze nicht im Kollektivvertrag vereinbart sind, werden sie von paritätischen Kommissionen festgesetzt. Diese paritätischen Ausschüsse werden zu gleichen Teilen aus Vertretern des Betriebsrates und der Fabrikverwaltung zusammengesetzt.

Nach den auf dem letzten im Januar 1925 tagenden Holzarbeiterkongreß gemachten neuesten Angaben[5]) beträgt der Durchschnittslohn jetzt 77 Proz. des Lohnes vor der Revolution. Seit Oktober 1924 hat sich der Reallohn nicht geändert. Die Löhne werden sich wahrscheinlich um etwas senken, da sowohl die staatlichen als die privaten Unternehmungen die Akkordsätze herabgesetzt haben, nachdem die Leistungen der in Akkord arbeitenden Arbeiter gestiegen waren. Die Arbeitsleistung hat sich infolge der eingeführten Akkordlöhne erheblich gesteigert und beträgt jetzt 87 Proz. des Vorkriegsniveaus. Der letzte Holzarbeiterkongreß hat sich zugunsten der Einleitung einer energischen Aktion zur Erhöhung der Löhne in Uebereinstimmung mit der erhöhten Produktivität der Arbeiter ausgesprochen. Während des ersten Vierteljahres 1925 haben die Löhne jedoch keine Besserung erfahren.

Die Löhne der weiblichen Arbeiter bleiben beträchtlich hinter denen der Männer zurück. Die in den Kollektivverträgen festgelegten Sätze sehen für die Frauen Löhne in der Höhe von 66 Proz. des Lohnes eines männlichen Arbeiters vor. Der wirkliche Durchschnittslohn der weiblichen Arbeiter beträgt jedoch nicht mehr als 54 Proz. des Lohnes der männlichen Arbeiter.

Für die jugendlichen Arbeiter (16 bis 18 Jahre) sind diese Ziffern etwas niedriger. Ihre Löhne betragen durchschnittlich die Hälfte des Lohnes eines männlichen Arbeiters."

Dieser Bericht spricht deutlich genug, wie es in russischen Gewerkschaftsorganisationen aussieht und wie es um die soziale Lage der Arbeiter in Wirklichkeit bestellt ist.

Was noch ganz besonders interessiert, ist speziell die Mitgliederbewegung. Sie zeigt ja dasselbe Bild wie es in der deutschen Bewegung sich auch gezeigt hat.

Im Juli 1921 der höchste Stand von 246 900 Mitgliedern und im Oktober 1922 ein Rückgang der Mitglieder auf 81 800. Erst im Januar 1923 tritt eine geringe Mitgliederzunahme von 10 000 in Erscheinung.

Das alles hat aber gewisse Leute nicht gehindert, deutschen Gewerkschaftsführern den schweren Vorwurf zu machen, es sei ihre besondere Schuld gewesen, die den Rückgang der Mitgliederzahlen in den deutschen Gewerkschaften veranlaßt hat. Ein Beweis dafür, wie leichtfertig solche Vorwürfe erhoben werden, nur um urteilsunfähige Leute gegen die Gewerkschaftsführer aufzuhetzen. Ob dadurch der Gesamtbewegung Schaden zugefügt wird, danach fragen solche Demagogen nicht; sie verleumden stets frisch darauf los in der Annahme, es wird schon etwas hängen bleiben.

[3]) „Troud" Organ des Zentralrates der Berufsverbände vom 3. Januar 1925.
[4]) „Troud" vom 3. Januar 1925.
[5]) „Statistica Troud". Nr. 1, Jahrgang 1925.

---

die anderen vorhätten. Als jedoch ihre Namen bekannt wurden, da riefen verschiedene Kollegen: „Ach, die kennen wir! Auf die ist noch niemals Verlaß gewesen!" Der Branchenleiter fragte nun den Vertrauensmann: „Wirst du denn eure Sache auch vertreten können? Du hast doch von Akkordarbeit und von Akkordpreisen keine Ahnung."

Nun ging es an das Vergleichen der Preise. Kreuz- und Querfragen wurden gestellt; da kam die gute Seele doch in die Brüche. Gerade bei den schlechtesten Artikeln konnte er nicht angeben, wie sie gemacht werden und kalkuliert waren. Die anderen aber wurden ärgerlich, weil man einen Vertreter landete, der so wenig von der Sache verstand. Schon wollten sie unverrichteter Sache losgehen. Darauf vertagte der kluge Branchenleiter die verunglückte Sitzung.

Am nächsten Morgen rückten die Drückeberger ihrem Vertrauensmann mit der Frage auf den Leib: „Was ist denn nun gestern in der Sitzung herausgekommen?" — Als sie den Bericht gehört hatten, da bekam der Unglücksrabe viel böse Worte zu hören. Da taten sie so, als ob er der Schuldige sei, daß nichts herausgekommen war. Sie hatten doch alles so schön aufgeschrieben. Und sogar schöne Papiermuster gemacht. Darauf bestellte ihnen der Geschmähte, was die Kollegen in der Sitzung von ihnen gesagt und was ihm der Branchenobmann aufgetragen hatte. Das wirkte wie ein Kübel kalten Wassers. Man war verdutzt! Sehr betreten meinten sie, er hätte doch auch für sie eintreten können. Dann aber riefen sie: „Das nächste Mal kommen wir bestimmt." Der Vertrauensmann sagte nichts, er dachte sich nur: „Ob's wahr wird?"

Ernst Kreplin.

Die Bedeutung des Städtischen Arbeitsnachweises

der Sattler, Tapezierer und Portefeuiller für die Groß-Berliner Kolleginnen und Kollegen.

Der Artikel soll Hinweise geben, für das Verhalten der Kollegen wenn sie erwerbslos werden. Es besteht für Groß-Berlin nur der Zentralarbeitsnachweis in der Rückerstraße.

Wird ein Kollege arbeitslos, so begibt er sich mit seiner Invalidenkarte und der letzten Arbeitsbescheinigung nach dem Nachweis, dort wird er eingeschrieben.

Für Ausgelernte muß das Zeugnis, der Lehr- oder Gesellenbrief vorgelegt werden.

Wer zum erstenmal eingeschrieben werden will, muß eine Bescheinigung bringen über eine einjährige Tätigkeit im Beruf.

Die Arbeitsvermittlung findet statt von 9½ bis 10 Uhr. Die dem Eingeschriebenen ausgehändigte Kontrollkarte muß, wenn er keine Erwerbslosenunterstützung bezieht, an jedem dritten Arbeitstage abgestempelt werden mit Vorzeigung der Invalidenkarte. Derjenige, der Unterstützung beantragt, muß jeden zweiten Arbeitstag stempeln.

Die Dauer einer Aushilfsstelle beträgt zwölf Tage. Ist eine Stelle nicht als Aushilfe vermittelt und dauert dieselbe nicht länger als zwölf Tage, so muß bei der Zurückmeldung eine diesbezügliche Bescheinigung vom Unternehmer vorgelegt werden.

Denkt ein Kollege, die ihm vermittelte Arbeit nicht ausführen zu können, so rechnen zwei Tage als Probe, kommt er am dritten Tag zurück, so behält er seine Nummer.

Jeder erhält bei der Vermittlung eine Ueberweisungskarte an den Unternehmer, tritt er die Stelle nicht an, so hat er die Karte unterschrieben am nächsten Tage vor der Vermittlung zurückzubringen.

Will ein Kollege Erwerbslosenunterstützung beziehen, so ist es ratsam, gleich am ersten Tage der Erwerbslosigkeit sich einschreiben zu lassen, weil vom Tage der Einschreibung an gerechnet wird. Mit seiner Kontrollkarte begibt er sich nach der Erwerbslosenfürsorgestelle seines Verwaltungsbezirks, außerhalb Groß-Berlins nach der Behörde seines Wohnorts.

Folgende Papiere müssen dort vorgelegt werden: 1. die Kontrollkarte, 2. Invalidenkarte, 3. Arbeitsbescheinigung, 4. polizeiliche Bescheinigung über seinen Wohnort, ausgestellt vom zuständigen Polizeibureau, 5. Bescheinigung über die Versicherung bei einer Krankenkasse.

Erwerbslosenunterstützung kann bewilligt werden, wenn der Nachsuchende in den letzten zwölf Monaten dreizehn Wochen in einem krankenversicherungspflichtigen Betrieb beschäftigt war.

Sind innerhalb eines Haushalts mehrere Personen vorhanden, die gegen Entgelt beschäftigt werden, kann die Unterstützung abgelehnt werden, doch wird jeder Fall geprüft.

Wohin der Erwerbslose sich zu wenden hat, wird ihm auf dem Arbeitsnachweis mitgeteilt.

Irrtümlich besteht die Meinung, daß auch die Bezirksarbeitsnachweise Facharbeiter vermitteln, das trifft nicht zu, sondern dort werden nur Ungelernte vermittelt.

Es kann jeder auch selbst eine Aushilfe anmelden durch Abgabe oder Einsendung der Kontrollkarte.

Nimmt ein auf dem Arbeitsnachweis Eingeschriebener außerhalb des Nachweises Arbeit an, so hat er die Kontrollkarte abzugeben oder einzusenden, bezieht derjenige Erwerbslosenunterstützung, so raten wir, um sich unnötige Gänge zu ersparen, nicht die Karte bei der Erwerbslosenfürsorge, sondern auf dem Nachweis abzugeben, er erhält dann eine Bescheinigung über die Arbeitslosenstempel und darauf sein Geld bei der Fürsorge. Oftmals gehen die Karten bei der Fürsorge verloren oder werden zu spät eingeschickt.

Wird ein Kollege krank, so hat er ebenfalls seine Karte abzugeben, bei Beendigung der Krankheit legt er die Bescheinigung von der Kasse vor, seine Nummer bleibt bestehen.

Will jemand verreisen, so ist ebenfalls die Karte abzuliefern, zwölf Arbeitstage werden als verreist gerechnet, doch muß der Betreffende von seinem Aufenthaltsort eine Karte senden: Adresse: Landes-Arbeitsamt Berlin, Abteilung Sattler, Tapezierer und Portefeuiller.

Der Erwerbslosenunterstützungsgeld-Empfänger muß sich, wenn er von der Fürsorge bei der Kasse gemeldet ist, von seiner zuständigen Erwerbslosenfürsorgestelle einen Medizin- oder Krankenschein ausstellen lassen bei Eintritt eines Krankheitsfalles.

Bei den von der Erwerbslosenstelle vermittelten Notstandsarbeiten bleibt während der Dauer der Beschäftigung die Nummer bestehen, doch muß bei Beendigung der Arbeit eine Bescheinigung vorgelegt werden.

Das wären die hauptsächlichsten Punkte, die zu beachten sind. Die Vermittlung und Einschreibung für unsere Kolleginnen findet statt nachmittags von 1 bis 3 Uhr, Sonnabends von 12 bis 1 Uhr.

Emil Schröder.

Wie sie es treiben!

Kaum ist die Erregung über die Aktennotiz des Dr. Meissinger von der Vereinigung Deutscher Unternehmerverbände über sein Gespräch mit Dr. Sitzler vom Reichsarbeitsministerium etwas verebbt, wird schon wieder ein neuer Versuch bekannt, wie die Unternehmer vorgehen.

Dem Ortsausschuß des ADGB. in Hamburg ist ein Rundschreiben des Arbeitgeberverbandes Hamburg-Altona zugeflogen, worin die Mitglieder unterrichtet werden, daß der Arbeitgeberverband eine Eingabe an den Schlichtungsausschuß gerichtet habe, welche dann im Wortlaut mitgeteilt wird.

Darin heißt es dann u. a.: In den letzten beiden Monaten sei in zahlreichen wichtigen Zweigen des Wirtschaftslebens das Lohnniveau nicht unbeträchtlich gestiegen. Die Lohnerhöhungen schwankten im Einzelfalle zwischen 5 und 24 Proz. Diese Erhöhungen wären zumeist durch Schiedssprüche des Schlichtungsausschusses oder auch auf bloß einseitigen Vorschlägen der Herren Vorsitzenden der Spruchkammer zugestanden worden. Die Zahl der Schiedssprüche, die eine Lohnerhöhung vorschlagen, belaufe sich allein auf zwölf und die der Vorschläge auf fünf. In diesen Lohnerhöhungen erblicken die Arbeitgeber eine schwere Gefahr für den allgemeinen Preisabbau. Deshalb vermögen sie die Bestrebungen des Schlichtungsausschusses und seine Maßnahmen nicht zu billigen.

Im letzten Grunde sei aber das Ergebnis jeder Schlichtungsverhandlung von der Einstellung des Herrn Vorsitzenden maßgeblich beeinflußt. Deshalb

dürfe angenommen werden, daß die in den letzten Monaten erfolgten Verwaltungsakte mehr oder minder die Einstellung der Herren Vorsitzenden widerspiegeln, die sie zum Lohnproblem haben. Soweit die Vorschläge in Betracht kämen, bedurfe es keiner Erörterung, weil diese die einseitigen Willensäußerung gegenüber Lohnforderungen der Arbeiter belegen und den Beweis dafür erbringen, das diese keine ablehnende gewesen sei.

Wenn dies zutrifft, könnte solche Einstellung nur bedauert werden, denn es müsse darin eine starke Gefährdung der Interessen der Allgemeinheit erblickt werden.

Ohne die Herren Vorsitzenden in der Unabhängigkeit ihrer Entschließungen irgendwie beeinflussen zu wollen, halten es die Arbeitgeberverbände jedoch für ihre Pflicht, dem Schlichtungsausschuß das Gefährliche seiner Haltung gegenüber Lohnerhöhungsforderungen aufzuzeigen und dem Wunsche Ausdruck zu geben, daß er in zutreffender Würdigung der sich aus der Preissenkungsaktion ergebenden Notwendigkeiten in der Folgezeit Lohnforderungen gegenüber weniger nachgiebig sei als bisher und insbesondere auch von Vorschlägen absieht, die einer Lohnerhöhung das Wort reden.

Wenn das nicht ein ganz dreister Versuch ist den Schlichtungsausschüssen und ganz besonders den Vorsitzenden derselben Weisungen zu erteilen und Vorschriften darüber zu machen, wie sie sich bei ihren Amtshandlungen einzustellen haben, dann gibt es überhaupt keine Beeinflussung. Die Redensart: „Ohne die Herren Vorsitzenden in der Unabhängigkeit ihrer Entschließung irgendwie beeinflussen zu wollen", kann die versteckte Drohung, die der Inhalt des ganzen Schreibens atmet, in keiner Weise aufheben.

Mit welcher Unverfrorenheit reden die Arbeitgebersöldlinge von dem Preisabbau, der bereits erfolgt sei. Man kann die Markthallen und Warenhäuser täglich durchwandern, von einem Preisabbau ist wenig oder gar nichts zu spüren; im Gegenteil, die Preise für Waren von einiger Qualität haben angezogen. Was will es besagen, wenn Waren ganz minderwertiger Art etwas im Preise herabgesetzt wurden?

Hoffentlich ist der Hamburger Schlichtungsausschuß und besonders die Vorsitzenden nicht um die rechte Antwort verlegen. Besteht aber nicht der berechtigte Verdacht, daß solche Beeinflussungen ganz allgemein von den Arbeitgeberverbänden inszeniert wurden? Nicht immer erhält die Oeffentlichkeit Kunde von solchen hintertünftigen Maßnahmen deren Folgen aber fühlbar werden, wo immer sie ihre Hand im Spiele haben.

In diesem Zusammenhange ist auch folgende Nachricht recht interessant. Vom Arbeitgeberverband der rheinisch-westfälischen Gemeinden ist die Stadt Hörde mit einer Konventionalstrafe von 35 000 Mark belegt worden. Die Stadt hat nämlich ihren Arbeitern angemessene Löhne bezahlt, zu welchen sie ihren Leistungen und ihren Bedürfnissen entsprechend sich verpflichtet hielt. Darüber empörte sich der Vorstand des Verbandes der Arbeitgeber und führte Beschwerde beim Regierungspräsidenten wegen leichtfertiger Vergeudung von Steuergroschen.

Also Zahlung angemessener Löhne ist Vergeudung von Steuergroschen! Wucherzinsen dürfen jedoch genommen werden ebenso hohe Gehälter und Tantiemen, ohne angemessene Gegenleistung. Haben die Regierungspräsidenten keine besseren Objekte, die Bestrafung verdienen, wird nicht von anderen Seiten eine ganz anders geartete Vergeudung getrieben?

In der „Dachdecker-Zeitung" beschreibt Th. Thomas eine Reise durch Pommern also: Unterwegs sah ich eine Parforcejagd von ungefähr 60 Pferden mit über 30 in roten Joppen gesteckten Damen. Alles in allem ein kolossaler Aufwand an Garderobe, Pferden, Hunden und froher Laune, daß jeder merkte: Hier gibt es keine Not, die kennen keine Sorgen, oder höchstens darüber, ob das Wetter schön bleiben wird oder nicht. Im Rübenfeld daneben kauerten zwanzig Landarbeiterinnen, die mit ihren krummen Rücken denen in den roten Jacken erst die Existenz schaffen. Ja, ja, die Welt ist herrlich eingerichtet!

Nochmals Unternehmerdank.

Zu dem Bericht in Nr. 45 ist ergänzend mitzuteilen, daß die Firma Auwärter u. Bubeck sich nach den ersten Entlassungen bewogen sah, die weiteren Kündigungen zurückzunehmen. Es ist auch nicht richtig, daß zu diesem Vorgehen der Firma Facharbeiter die Hand boten. Diese waren vielmehr bereit, in solidarischer Weise gemeinsam mit der Organisation in Stuttgart, dieses abzuwehren.

Die Nachricht war einer Darstellung in der „Tagwacht" entnommen, in welcher der Passus betreffs der Facharbeiter etwas unklar formuliert war. Also nicht mit Hilfe der Facharbeiter, sondern mit Hilfe der Stillegung sollten 30 Facharbeiter entlassen werden.

Wie es die Bäcker treiben.

In Berlin hat kürzlich eine Gewichtskontrolle der Backwaren in zirka 2000 Bäckereien stattgefunden, dabei wurde festgestellt, daß in 550 Fällen ein Mindergewicht bei Brot und Brötchen von 20, 25 bis 30 Proz. vorhanden war. Diese „ehrbaren Handwerker" machen es also genau so wie die anderen Unternehmergruppen, nur mit dem Unterschiede, nicht auf direktem, sondern auf indirektem Wege, wie man sagt, von hinten rum. In früheren Zeiten hat man diese Vergehen in einer sehr fühlbaren Weise an den Frevlern geahndet. Heutzutage ist das nicht mehr der Fall, da begnügt man sich mit einer Portion Entrüstung. Diese Entrüstung kommt aber weniger aus den Kreisen des Publikums oder gar der Behörden. Nein, die ehrbaren Innungshäupter der Bäcker sind es, die sich entrüsten. Man leitete sofort Protestversammlungen ein und schalt auf die Behörden, die solche Kontrollen anordneten, obwohl sie doch hätten wissen können, daß die Bäcker gar nicht existenzfähig wären, wenn sie nicht mit Mindergewicht backen würden. Es wird wohl auch nicht anders werden, denn wer prüft denn ständig nach, ob alle Backwaren richtiges Gewicht haben? —

Lohnbewegungen und Streiks.

Im eigenen Interesse werden die Kollegen ersucht, vor Arbeitsannahme an anderen Orten sich erst bei der betreffenden Ortsverwaltung über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen.

Tapezierergewerbe.

Kiel. Der Lohnkampf geht weiter.

Bielefeld. Der Ausstand bei der Firma Kaufold dauert an.

Lederwarenindustrie.

Rathenow. Der Lohnkampf dauert fort.

Haltet Zuzug fern!

Rundschau.

Aus der Rechtsprechung.

Der Arbeitgeber ist nicht berechtigt, ohne weiteres eine Kürzung der Arbeitszeit vorzunehmen. **Ein Arbeitgeber hatte, ohne den Betriebsrat zu fragen und** in Kenntnis zu setzen, einfach durch Aushang bekanntgemacht, daß von einem bestimmten Tage an verkürzt gearbeitet würde. Einige Arbeiter klagten deshalb auf Zahlung des vollen Lohnes für den vollen Arbeitstag, und das Dresdener Landgericht entschied zu ihren Gunsten. Es begründet diesen Entscheid also: Will der Arbeitgeber ohne Mitwirkung des Betriebsrats den Einzelarbeitsvertrag ändern, so kann er das nur, indem er die Vorschriften des Dienstvertrages in rechtlicher Form einhält. Er muß daher den Arbeitnehmer, der damit nicht einverstanden ist, kündigen. Es wird noch betont, daß der Betriebsrat gegen die Kürzung der Arbeitszeit Einspruch erhoben hatte, daß aber die Arbeiter unter diesem Vorbehalt die Arbeit fortgesetzt hatten. Der Unternehmer wollte daraus deren Einverständnis mit der Kürzung der Arbeitszeit begründen, fiel damit aber ab. Auch der Einwand, die Ankündigung, daß die Arbeitszeit gekürzt wird, sei als Kündigung zu betrachten, wurde abgewiesen. Das Verhalten des Arbeitgebers wurde in diesem Zusammenhange als unvereinbar bezeichnet mit dem Grundsatz des Vertragsrechts, daß Verträge nicht einseitig von einer Partei abgeändert werden können. Man wird sich dies merken.

Das Landgericht Dessau hatte zu entscheiden, inwieweit der Sommerurlaub ein Geschenk des Arbeitgebers sei oder ob derselbe ein erworbenes Recht des Arbeiters sei, auch wenn der Tarif, der den Urlaub sichert, abgelaufen ist. Ein Arbeitgeber verweigerte den Urlaub, trotzdem Verhandlungen schwebten wegen Neuabschlusses eines Tarifes. Die Gerichte entschieden, daß dem Arbeiter ein Anspruch auf Ferien zusteht, auch wenn der Tarifvertrag formell nicht mehr besteht. Der Urlaub bilde einen Teil der Entlohnung, die dem Arbeiter zusteht, aber kein Geschenk.

Ein anderes Bild ergab die Klage vor dem Berliner Gewerbegericht. Zwei Arbeiter hatten ihr Arbeitsverhältnis selbst gelöst, um ihre Lage zu verbessern, wurden aber von anderen Firmen der Branche nicht eingestellt. Beim Verein Berliner Metallindustrieller besteht eine Vereinbarung, daß Einstellungen nur erfolgen dürfen, wenn die Firma ihre Einwilligung erteilt, bei welcher die Betreffenden vorher beschäftigt waren. Die Kläger verlangten nun Schadenersatz, weil sie von keiner Firma eingestellt wurden, die dem genannten Verband angehören. Die Kläger wurden abgewiesen. Denn die Firma habe nicht gegen die guten Sitten verstoßen, indem sie Auskunft erteilt habe, denn dies stelle eine zulässige wirtschaftliche Schutzmaßnahme dar, durch welche das Abwandern der Arbeiter in andere Betriebe zum Zweck der Erlangung höherer Löhne verhindert werden soll. Die Beklagte habe sich bereit erklärt, die Kläger zu den früheren Bedingungen weiter zu beschäftigen, somit könne von einer Schikane oder einem Verstoß gegen die guten Sitten kaum die Rede sein. Man kann dies Urteil kaum verstehen, da wird ja den Arbeitgeberverbänden direkt ein Recht zugesprochen, die Arbeiter in ihren Bestrebungen um Verbesserung ihrer Lebenslage zu verhindern. Sie zur Lohnsklaverei in bestimmten Betrieben und zu bestimmten Löhnen zu zwingen, dadurch wird doch die freie Willensbestimmung vollständig aufgehoben. Es ist ja verständlich, daß bei Arbeitskämpfen den einzelnen Organisationen das Recht zustehen muß, ihre Mitglieder zu veranlassen, in diesem oder jenem Betrieb keine Arbeit anzunehmen oder keine Arbeiter einzustellen. Das entspricht solchen Situationen und ist daher als eine Kampfmaßnahme zu bewerten. Hier handelt es sich aber um Maßnahmen, die als dauernde zu bewerten sind und als solche nicht geduldet werden können, weil dadurch die Arbeiter jeder Freiheit beraubt werden, ihre Lebenslage zu verbessern.

Auch ein Beitrag zu den Ursachen, warum wir so hohe Preise haben, ohne daß ernstlich an einen Preisabbau gedacht, geschweige Anstalten hierzu gemacht werden.

So geht durch die Tagespresse eine Notiz, daß im Fischereigewerbe ganz unglaubliche Zustände herrschen. Den Fischern wird für ihre Ware ein ganz unglaublich niedriger Preis bezahlt, während die Marktpreise für Fische aller Art sehr hohe bleiben.

Es wird berichtet, daß Ende September folgende Preise üblich waren:

	Auktionspreis per Pfd. in Pfennigen	Kleinhandelspreis per Pfd.	Preisspanne %
Schellfisch	13,5	60	304,4
Kabeljau	10,5	60	407,0
Grüne Heringe	14,0	40	108,6
Schollen	23,0	50	101,7
Rotbarsch	7,0	40	407,0
Seelachs	11,0	50	305,4

Die Preisspanne zwischen den Preisen auf den Fischauktionen und den Verkaufspreisen in Markthallen und Läden betrug somit zwischen 101,7 und 407,0 Prozent. Und dieser wucherischen Geschäftsgebarung der Gros- und Kleinhändler sehen die Behörden untätig zu, oder sie sind anscheinend nicht imstande, ihnen das Handwerk zu legen.

Bücherschau.

Im Verlag von J. H. W. Dietz Nachf., Berlin, Lindenstr. 3, erschien soeben: **Richard Seidel, Die Gewerkschaften nach dem Kriege.** Geb. 6 Mk. Seidel rollt hier ein Stück Geschichte der Arbeiterbewegung auf. Er schildert die Ereignisse seit 1918 und das Ringen der Gewerkschaften um die Demokratie in der Wirtschaft. Nur die Macht der Organisation vermag den Gewerkschaften den notwendigen Einfluß auf die Wirtschaftsführung zu verschaffen. Jeder Gewerkschafter sollte das Buch lesen.

Verlag des ADGB. Das Oktoberheft der „Arbeit", der wissenschaftlichen Zeitschrift der deutschen Gewerkschaften enthält wieder eine stattliche Anzahl guter Aufsätze. Weltwirtschaft, weltwirtschaftliche Krise, die Frage einer Produktionsstatistik, industrieorganisatorische Zeitfragen und eine Reihe anderer Probleme werden einer eingehenden Besprechung unterzogen. Preis des Heftes 1 Mk.

Verbandsnachrichten.

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen.)

In der Woche vom 9. bis 15. November ist der 46. Wochenbeitrag fällig.

Ohne Saat keine Ernte! Pünktliche Beitragszahlung ist die Voraussetzung einer erfolgreichen Lohnpolitik. Pünktliche Beitragszahlung stärkt unsere Kampftätigkeit!

Sorgt für die gewissenhafte Ausfüllung und pünktliche Ablieferung der Fragebogen, die für die Matratzen- und Stapelmöbelindustrie in Umlauf sind.

Sterbetafel.

Hamburg. Durch Unglücksfall starb am 25. Oktober der taubstumme Treibriemer Andreas Kaufhold im Alter von 51 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

Verantw. Redakteur: G. Becker, Berlin. Verlag: R. Blum, Berlin. Druck: Vorwärts Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.